

Erscheint wöchentlich 6-mal.

Preis für Preßburg
ganzzährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.;
vierteljährig 2 fl.; Zustellung im
Jahre der Monat 18 fr.; einzelne
Nummern 4 fr.

Auswärts mit Post bezogen:
ganzzährig 11 fl.; halbjährig 6 fl.
0 fr.; vierteljährig 2 fl. 75 fr.

In Preßburg abonniert man bei der
Administration:
Apponyigasse Nr. 10.

Das Recht.

Inserate
werden bei der Administration des
Blattes angenommen und kosten
Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei
einmaliger Einschaltung 4 fr., mehr-
malig entsprechender Rabatt; jedes-
malige Stempelgebühr 20 fr.
Zeitungsbestellungen und Zuschriften
erbittet man sich frankirt; unver-
siegelte Reclamationen wegen nicht
erhaltener Nummern sind portofrei.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.

Redaction: Bierenberggasse Nr. 177

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Nr. 271.

Samstag 25. November 1876.

V. Jahrgang.

Preßburg, 24. November.

Der Dualismus hat am 21. November in Wahrheit seine Feuerprobe bestanden! Wir gehören nicht zu den Parteigenossen Tisza's, aber wir bekennen unverhohlen, daß er an jenem Tage Erklärungen von sich gegeben hat, wie sie einem wahren Staatsmanne, einem echten Patrioten geziemen. Wird der Dualismus von beiden Seiten immer in diesem Sinne aufgefaßt, daß kein Theil über dem Partikularen das Gemeinsame zu vergessen, vielmehr in dem Gemeinsamen das Partikulare zu finden habe, da mag das jetzt zu Recht bestehende Verhältniß zwischen den beiden Hälften der Monarchie noch mancher zu vereinbarenden Verbesserung allmählich bedürftig sein und werden; aber man darf nicht mehr fürchten, daß der Dualismus keine ernste Krise, keinen Collisionssfall überwinden, ja nicht einmal überdauern könne. Auch in diesem Falle wiederholt sich die alte Wahrheit, daß nicht die höchste Vernunftgemäßheit der Verfassungsformen es ist, welche zum Heile der Völker, zur Durabilität der Staaten notwendig sei, sondern vielmehr der Geist, welcher diese Formen besetzt.

Alle historisch erwachsenen Formen sind scheinbar irrational, müssen es sein, da sie nicht nach einem ausgeklügelten, doctrinär festgestellten Plane geschaffen, sondern aus der Natur der Dinge und Verhältnisse entstanden, ihrer Mannigfaltigkeit angepaßt sind. Und gerade hierin liegt ja die Garantie ihrer Dauer und der Zufriedenstellung der Völker. So läßt sich ja auch keineswegs läugnen, daß die bestehende dualistische Verfassungsform des Gesamtreiches aus historischer Wurzel erwachsen ist. Es ist Seitens der Dynastie stets, von Altersher ein Unterschied gemacht worden zwischen Ungarn und den Erbländern; das Erstere stand den Anderen als ein Gegenstück gegenüber. Dieser Gegensatz wurde noch verschärft dadurch, daß Ungarn durch alle Ungunst der Zeiten seine alte Verfassung bis zum Jahre 1847 sich gerettet hat, während in den Erbländern allmählich der fürstliche Absolutismus und später der centralisirende Liberalismus die alten Rechte immer mehr untergrub. Was dort jetzt unter dem Namen einer Verfassung besteht, ist nur der Schein einer solchen; die wirkliche, in der Natur der Dinge liegende, ist eine ganz andere. Es läßt sich nicht läugnen, daß in den letzten Jahren Ungarn es für sein Interesse hielt, die wahre Verfassung der übrigen Theile der Monarchie nicht zum Durchbruch kommen zu lassen; daß es in der politischen Vahmlegung der westlichen Hälfte seine Sicherheit suchte. Nachdem jetzt der Beweis gegeben worden, daß die den Ausschlag gebende Instanz in Ungarn das Heil des eigenen Landes in dem gemeinsamen Heile sucht, da sie erklärt, daß „bei uns nur eine Partei, die der österreichisch-ungarischen Interessen existiren darf“, so darf man demnächst wohl erwarten, daß sie zu der Klarheit kommt, daß es ein nicht minder brennendes österr.-ungarisches Interesse ist, daß der westliche Theil der Monarchie nicht länger unter einer Scheinverfassung verkrümmere, sondern seine wahre und natürliche Verfassung zum Ausdruck bringe. Wie Ungarn sein Verfassungsleben in historischer Continuität herangebildet hat, so muß es auch jenseits der Leitha geschehen. Die Form dieser Verfassung ist geschichtlich die föderalistische. Es ist von hier aus dagegen eingewendet worden, daß das große Ungarn sich nicht als gleichberechtigter

gegenübersehen dürfe einer Anzahl von zum Theil sehr winzigen historisch-politischen Individualitäten, daß es als Gleiches nur mit Gleichem oder doch nahezu Gleichem verhandeln könne. Wir glauben kaum zu irren, wenn wir Aehnliches auch in den Ländern jenseits der Leitha voraussetzen.

Es deuten ältere historische Verbindungen, die noch keineswegs ihre Rechtskraft verloren haben, darauf hin, daß, wie treu und liebevoll auch drüben jedes noch so kleine Land seine Eigenart und seine Selbstständigkeit zu bewahren strebte, doch schon in früherer Zeit die Natur der Dinge zu einer Verknüpfung des Zusammengehörigen für gar manche Zwecke hindrängte. So gestaltete sich Innerösterreich als ein staatsrechtlicher Körper, so verbanden sich Böhmen, Mähren und Schlesien unter der St. Wenzelskrone, so würde die Verbindung der ethnisch und geographisch sich nahestehenden Länder Galizien und Bukowina schwerlich als etwas willkürlich Verbundenes erscheinen.

Die politischen Richtungen jenseits der Leitha, welche die Wiederanknüpfung an ihre Geschichte und an ihre natürlichen Existenzbedingungen fordern, sind zugleich diejenigen, welche die schablonenhafte Copie fremder Verfassungsgeetze am meisten verhorresciren; sie würden es daher auch am wenigsten sein, welche geneigt wären, eine Copie des Verhältnisses Ungarns zum Gemeinsamen mit sich vorzunehmen. Die Existenzbedingungen sind so unendlich mannigfaltig, daß auch die Erscheinungen dieser Existenzen notwendigerweise höchst mannigfaltig sein müssen. Was gleichartig sein müßte, brauchte nur die Erlangung der Befriedigung zu sein, wie Ungarn sie erlangt hat.

Die Befriedigung der Völker bringt stets eine dauernde Steigerung der Kraft der Reiche mit sich. So würde es auch mit Oesterreich-Ungarn geschehen, und vielleicht wäre gerade die Gelegenheit der Wiedererneuerung des Ausgleiches eine solche, mit welcher diese Befriedigung der übrigen, unter dem Scepter einer glorreichen Dynastie mit uns vereinten Völker sich am passendsten verbinden ließe. Tisza hat auch über diesen Gegenstand und namentlich über die Entscheidung der 80-Millionenfrage sich so staatsmännisch ausgesprochen, daß es wünschenswerth wäre, wenn auf der anderen Seite kompetentere und staatsweiserer Stimmen zur Antwort berufen würden, wie ein deutsch-österreichisches Advocaten-Parlament. Das österreichisch-ungarische Gesamtinteresse und damit das specielle Interesse Ungarns würde dadurch eine merklliche Förderung und Sicherung erfahren.

Die ernste, stürmisch bewegte Zeit, in der wir uns befinden, fordert dringend dazu auf, solchen Reflexionen Raum zu geben. Die große Bedrohung, welche an das gemeinsame Reichsinteresse herantritt, schärft den Blick für die wahren Bedürfnisse desselben. Lange Friedenszeiten, welche überall den Egoismus verschärfen, sind für die Cultur der Staatswissenschaft nicht günstig, eben weil die innere Natur des Staates unter heftigen Bewegungen, unter Revolutionen und Kriegen am deutlichsten an's Licht tritt. Denn wie der Mensch unter Leiden und Unglück sein Herz kennen lernt, so lernen Völker unter Calamitäten, Bewegungen und Stürmen aller Art sich selbst kennen und achten. Das Glück verzieht, verwöhnt, schlafert ein und isolirt die Menschen, wie die Völker, dagegen die Gefahr wach erhält, bindet und erhebt.

Ungarn hat seine Befriedigung nach den Er-

eignissen von 1866 gefunden; es liegt im dringendsten Interesse der gemeinsamen Monarchie, daß die Länder jenseits der Leitha die ihrige vor den Ereignissen von 1877 finden!

Zur Situation.

Momentan ist die allgemeine Aufmerksamkeit in der Orientfrage auf die Rundreise des Abgesandten England's zur Conferenz in Konstantinopel — Marquis Salisbury — gerichtet, der aus Anlaß seiner Mission, um nach dem Bestimmungs-ort zu gelangen, eine Rundreise an die Höfe von Paris, Berlin und Wien angetreten hat. Marquis Salisbury weilt gegenwärtig, nachdem er Paris verlassen hat, in Berlin, von wo er in Wien einzutreffen gedenkt. Dasselbst bereitet man sich politisch auf seinen Empfang vor, indem nach einer, dem „P. M.“ zugekommenen Meldung gestern unter Vorsitz Sr. Majestät ein Ministerrath stattfand, dem man große politische Bedeutung beilegte, — obwohl es nicht minder wahrscheinlich ist, daß zu diesem Ministerrathe die in Eisleithanien alut gewordenen inneren Fragen die nächste Veranlassung boten.

Die Rundreise des Marquis Salisbury hat den Zweck, die zumeist interessirten Mächte für die englischen Vorschläge zu gewinnen und Rußland für den Fall zu isoliren, als es bei seinen Forderungen gegenüber der Türkei beharren sollte. Würde es ihm gelingen — wie es auch den Anschein hat — die Vorschläge Englands zur Anerkennung zu bringen, so wäre für die Conferenz das durch die Majorität der Mächte gebilligte Programm festgestellt und da die Vorconferenz, deren nächster Zweck es gewesen wäre, ein solches Programm zu vereinbaren, überflüssig geworden.

So wird denn auch von Wien aus mit aller Bestimmtheit gemeldet, daß infolge der Rundreise des Marquis v. Salisbury, der auf der Reise nach Konstantinopel wahrscheinlich auch eine Zusammenkunft mit dem italienischen Minister des Aeußern, Herrn Melegari, in Brindisi haben wird, die Vorconferenz zum Theile überflüssig geworden ist, da es Marquis v. Salisbury übernommen, jene Programm-Feststellung, welche den Beratungsgegenstand der Vorconferenz hätte bilden sollen, im persönlichen Verkehre mit den leitenden Staatsmännern der verschiedenen Cabineten zu besprechen. Unter solchen Verhältnissen dürfte die vielbesprochene Vorconferenz unterbleiben, die in dem englischen Vorschlage überhaupt nur facultativ in Anregung gebracht worden, aber keineswegs als Vorbedingung für die Conferenz einen integrierenden Theil der erwähnten Vorschläge gebildet hat.

Dem „P. M.“ wird aus Wien ferner mitgetheilt, wie es zur Publikation der Depesche des Lord Loftus über die Audienz beim Kaiser gekommen ist. Darnach hätte der Czar in Livadia dem britischen Botschafter Lord Loftus gegenüber auf Ehrenwort versichert, daß weder er, noch sein Sohn den Besitz von Konstantinopel anstreben. Diese Versicherung telegraphirte Loftus nach London und erhielt sofort von der Königin den Auftrag, dem Czar hiefür ihren besonderen Dank auszusprechen. Als trotzdem und unmittelbar darauf Disraeli die bekannte Banket-Rede hielt, war man darüber in Petersburg begreiflicherweise doppelt verstimmt, und als dann noch vollends die Depesche Derby's veröffentlicht wurde, da beauftragte Fürst Gortschakoff den Grafen Schwaloff, in London zu

verlangen, daß das britische Kabinet auch jene ihm gewordene Zusage des Czars der Öffentlichkeit bekanntgebe. Diesem Wunsche willfahrt nun das Kabinet von St. James nachträglich, indem es die eingangs erwähnte Depesche der Öffentlichkeit übergibt. In Wien glaubt man annehmen zu dürfen, daß hiedurch auch die empfindliche Spannung zwischen London und Petersburg gemildert worden sein wird; ja, man gibt sogar nach dem eben gekennzeichneten Zusammenhange der Vermuthung Raum, daß diese neue Veröffentlichung bestimmt ist, den üblen Eindruck, den die Bankrede des Earl of Beaconsfield und die frühere Depesche Derby's in Petersburg hervorgerufen, abzuschwächen. Jedenfalls ist dadurch die Intention des englischen Cabinets dargelegt, dem Lord Loftus seine Stellung am Petersburger Hofe zu erleichtern, und schon aus diesem einen Umstande glaubt man folgen zu dürfen, daß England es auf einen Bruch nicht ankommen lassen will. In diesem Sinne wird der neuesten Publication in sachlicher und formeller Beziehung die Bedeutung eines Friedenssymptom's beigelegt.

Der „Nord“, das Organ Gortschakoff's, äußert sich denn auch sehr befremdet darüber, daß Diraelli die bekannte Bankrede acht Tage nach der Aeußerung des Kaisers Alexander halten und die Veröffentlichung der Depesche zwanzig Tage hinausschieben konnte. Durch diese Verzögerung erscheint die obige Mittheilung bestätigt; ebenso aber auch das Friedenssymptom, indem der „Nord“ weiters erwähnt, daß das von den österreichischen Blättern mitgetheilte russische Conferenzprogramm, namentlich die Occupationsfrage, nicht unabhänderlich sei.

Ein weiteres Friedenssymptom ist am politischen Himmel aufgetaucht, nämlich die Demission des serbischen Ministeriums, welche Fürst Milan nunmehr angenommen hat. Es wird aber nur ein partieller Ministerwechsel stattfinden. Nistic tritt definitiv zurück. Gegen denselben werden mehrseitig schwere Anschuldigungen erhoben, die in der nächsten Sitzung des Skupstschina-Ausschusses zur Sprache kommen werden. Christics soll Ministerpräsident und Junics Minister des Aeußeren werden. Milosowics bleibt. Es ist höchst wahrscheinlich, daß ein von der Dmladina unabhängiges Ministerium an's Ruder kommt.

Das ist die diplomatische Friedensgeige. Wie es in der Wirklichkeit aussehen mag, geht aus einem Odes'ser Briefe hervor, in dem man schreibt: Alle Hände sind für den Krieg vollauf beschäftigt. Was immer in Oesterreich über Friedensausichten in Umlauf gesetzt und durch mehr oder weniger belangreiche Aeußerungen maßgebender Persönlichkeiten motivirt wird, ist nichts Anderes, als eine den factischen Verhältnissen widersprechende Behauptung. Wollen Sie sich versichert halten, hier in Rußland steuert man dem Kriege entgegen und rüstet sich zu einem Kampfe, wie er vielleicht mit Ausnahme des letzten französisch-deutschen Krieges nur selten vorgekommen ist. In jeder Kaserne, in jeder Studentenkneipe und in allen nationalen Reizen bespricht man die Ereignisse, die angestrebt werden und die da kommen sollen, und das Endziel, der Hoffnungsstrahl, die ganze Glückseligkeit der Armee und des russischen Volkes liegt darin, daß die Fahnen des Kaisers aller Neuzen in Konstantinopel von der Sophienmoschee wehen.“

Aus dem Reichstage.

Budapest, 23. November.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhaus'es meldete der Präsident die Einreichung eines Gesuches um Errichtung einer selbstständigen Bank und des separaten Zollgebietes an, worauf die Budgetdebatte fortgesetzt wird.

Signund Borlea, welcher zuerst das Wort nimmt, führt bittere Klage darüber, daß die Bevölkerung durch die Steuerexekutionen in unverantwortlicher Weise belästigt werde, findet unsere ganze Verwaltung für unzulänglich, hegt zu der Regierung kein Vertrauen und lehnt das Budget ab.

Andreas Rády erklärt, daß er das Budget aus dem von den Rednern der liberalen unabhängigen Partei bereits dargelegten Motiv zur Basis

der Specialdebatte acceptire, wenn dasselbe auch keineswegs geeignet sei, die Hoffnung auf baldige Besserung der Finanzlage zu erwecken.

Edmund Steinacker verwirft das Budget nicht wegen des gegenwärtigen, noch des im nächsten Jahre zu erwartenden Defizits, sondern weil er die Regierung nicht auf dem allein zur Beseitigung desselben führenden Wege erblickt. Das Flicken der aufgewärmten vorjährigen finanziellen Conception sei ungenügend zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte, die überhaupt im Rahmen der heutigen staatlichen Institutionen unerreichtbar sei.

Das Volk fühle, daß es so nicht weiter gehe, daß das Land auf falschem Wege sei. Auf die Frage, was nun zu thun, welche Richtung einzuschlagen sei, verweist Redner auf die von Baron Senayev seinerzeit gegebene Charakteristik der beiden staatsrechtlichen Parteienrichtungen, deren eine ihre Postulate durch den Abgeordneten Tráni präzisirt habe, deren Konsequenz und Wichtigkeit im Einzelnen nicht zu bestreiten sei, jedoch von der Majorität der Nation zurückgewiesen werde; gleich dieser stellt sich Redner auf den Standpunkt der Gemeinsamkeit mit der andern Hälfte der Monarchie. Daß Ungarn die letztere nöthig habe, zeige am besten die Gegenwart, sei aber schon von Sokai längst anerkannt worden; und Redner fühlt sich angenehm berührt, daß neuerer Zeit die Nothwendigkeit des Zusammenhaltes so sehr betont worden sei. Diejenigen aber findet Redner inkonsequent, welche die Großmachtstellung und staatliche Einheit, sowie Aktionsfähigkeit der Monarchie nach Außen wollen, ihr jedoch durch Lockerung des ohnehin zu lockern wirtschaftlichen Verbandes beider Hälften die materielle Basis der Existenz und Stärke entziehen wollen und sonach in das Lager der Personal-Unionisten gehören.

Die äußere Lage gebiete, daß Reichstag und Regierung, die nicht Gefühls-, sondern Verstandes-Politik zu treiben haben, der Consolidirung der Monarchie nöthigenfalls Opfer an einzelnen staatlichen Institutionen bringen.

Redner sieht nur in der stärkeren politischen und wirtschaftlichen Accentuirung der Großmachtstellung der Monarchie die Möglichkeit für Ungarn, sowohl materiell wie auf der Bahn der Culturentwicklung der Menschheit sich zu kräftigen und fortzuschreiten, und verlangt darum einen vollständigen und dauernden Ausgleichspakt mit Oesterreich. Da nach dem Zeugniß des Budgets die Regierung nicht auf dem Wege begriffen sei, welcher zur Besserung führt, auch von einem Sturze des Ministeriums keinerlei Unheil für Ungarn oder die Monarchie zu besorgen, auch nicht zu bezweifeln sei, daß sich andere Staatsmänner die allerdings nicht verlockende Erbschaft der Regierung zu übernehmen nicht weigern und hierfür auch eine Majorität zu finden wissen werden, so erklärt Redner schließlich nochmals das Budget verwerfen zu müssen.

Um halb 12 Uhr ergreift Finanzminister Széll unter allgemeiner Aufmerksamkeit das Wort. Aus dessen mehr als zweistündiger Rede erwähnen wir, daß sie sich zunächst gegen die Behauptung Simonyi's wendete, daß dem Hause keine genügenden Daten zur Beurtheilung des Budgets zur Verfügung standen.

Der Minister verteidigte sich dann gegen die von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptungen, das das Präliminare nicht reell sei, daß sich die Finanzlage seit 2-3 Jahren nicht gebessert und daß die Regierung nichts zur Hebung der volkswirtschaftlichen Kraft des Landes gethan habe. Gegen die erstere Einwendung führt er durch Ziffern den Nachweis, daß die diesbezüglichen Behauptungen der Abgeordneten Bujanovics, Graf Zichy und Ernst Simonyi unbegründet sind. Hinsichtlich der zweiten Behauptung beweist Redner, daß eine ansehnliche Besserung der Budget-Bilanz thatsächlich eingetreten und daß die Bilanz des vorliegenden Budgets um 7 Millionen günstiger sei als die vorjährige.

Ebenso unberechtigt sei der Vorwurf, die Regierung habe nichts zur Hebung der volkswirtschaftlichen Lage gethan, da sie große Summen zur Hebung der Faktoren verwendet, welche die Steuerkraft zu heben vermögen.

Politische Uebersicht.

Bresburg, 24. November.

In der Bankfrage ist eine der ungarischen Regierung ungünstige Wendung eingetreten, indem die Bankdirection es abgelehnt hat, eine „österreichisch-ungarische Bankgesellschaft“ auf Grund der von den beiden Regierungen vereinbarten Principien in's Leben zu rufen.

In Oesterreich macht die Opposition gegen das Ministerium Auersperg von Tag zu Tag größere Fortschritte. Die Mittheilungen, welche Finanzminister Depretis in der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses über den Ausgleich mit Ungarn machte, wurden von vorneherein unsympathisch aufgenommen. Gleichzeitig wurde der Entwurf eines neuen Bankstatuts bekannt, welcher in der am 22. d. stattgehabten gemeinsamen Besprechung aller „verfassungstreuen“ Fractionen über den Ausgleich auf die einmüthige Opposition aller Anwesenden stieß. Man beschloß nach dem Antrag des Abg. Ruff, eine neue Parteiverammlung in kürzester Frist zu berufen und die Minister zu derselben einzuladen, um Aufklärungen von der Regierung über ihre Stellung zum Bankstatut zu verlangen. Dem erwähnten Beschluß ging eine sehr lebhaft Debatten voran, der wir folgendes entnehmen:

Abgeordneter Dr. Menger stellt den Antrag, ein Comité, etwa die Obmänner, damit zu betrauen, welches über die Bankfrage Beratungen pflegen und einer demnächst einzuberufenden Versammlung Bericht erstatten solle.

Gomperz stellt den Antrag: Zur Erzielung eines möglichst einmüthigen Vorgehens der Verfassungskommission bei Behandlung des ungarischen Ausgleiches wird beschlossen, sobald die darauf bezüglichen Vorlagen vor das Abgeordnetenhaus gelangt sein werden, eine Generalconferenz der verfassungstreuen Clubs abzuhalten und die Einberufung der Obmänner zu veranlassen.

Abgeordneter Dr. Demel. Der vorsichtige Antrag Menger's sei nothwendig. Er sei das Minimum dessen, was man verlangen müsse und was man heute zu beschließen habe. Die bekannt gewordenen Abmachungen in der Bankfrage seien schon genügend, um einen Schritt zu rechtfertigen. Man müsse die Regierung veranlassen, sich über die Bankfrage auszusprechen, und sie zu der Erklärung zwingen, wie weit das Cabinet bei der Bankfrage engagirt sei. Er hält den Vorgang der Regierung in dieser Frage für keinen ehrenlich.

Abg. Dr. Kopp. Der Antrag Gomperz' ist sehr gefährlich, da die Negation darin liegt. Die Verfassungskommission soll durch diesen Antrag förmlich lahm gelegt werden. Wenn wir so fortarbeiten, werden wir endlich zu einer Zwangslage kommen. Die Mittheilungen der Regierung seien unheilverkündend. Er glaubt, die Obmänner seien zu beauftragen, Anträge betreffs einer Interpellation zu vereinbaren.

Dr. Ruff steht auf dem Standpunkte Demel's. Nach der Veröffentlichung des Bankstatutes könne man zu der Regierung kein Vertrauen haben. Die Politik der Regierung sei eine unethische, denn wenn die Bank das Statut annimmt, könne die Regierung nicht mehr zurückweichen und dadurch sei die Zwangslage geschaffen. Er stellt den obenerwähnten Antrag.

Abgeordneter Dr. Schupp macht darauf aufmerksam, daß es einen eigenthümlichen Eindruck in der Öffentlichkeit machen möchte, wenn hier noch Anträge des Abgeordneten Gomperz beschlossen werden; wir wollen schweigen. Wenn die Partei nur im Schweigen einig wäre, ist es traurig. Er halte den Antrag Ruff für zweckmäßig. Im Interesse der Partei sei es gelegen, zu der Frage unbedingt Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Dumba konstatirt mit Freude, daß die Partei einig ist. Wenn man zu den Bankstatuten schweigen sollte, so müßte die Partei abdanken. Ich habe als Österreicher ein Gefühl der Scham, wenn ich sehe, daß ein österreichischer Finanzminister seinen Namen unter das Monstrum eines Bankstatutes gesetzt hat. (Beifall.) Wir müssen erklären, daß man uns so etwas nicht zumuthen darf.

Abgeordneter Sturm. Unterhalb Jahre wird verhandelt, und unsere Regierung findet es nicht

der Mühe werth, mit ihrer Partei in Contact zu treten, und heute sollen wir nach Comperz erklären, wir können warten. Die Partei ist verpflichtet, die Angelegenheit beständig auf der Tagesordnung zu erhalten, und die Beratungen sollen fortwährend gepflogen werden, damit wir einen Druck auf die Regierung ausüben, ehe die Regierung auf uns einen Druck ausübt.

Abgeordneter Hopfen. In der Bankfrage sind wir alle einig, auf die andern Fragen können wir jetzt nicht eingehen. Er stimmt für den Antrag Ruß.

Abgeordneter Dr. Heilsberg tritt für den Antrag Kopp's ein. Er glaubt, man wird das Bankstatut opfern, um in der anderen Ausgleichsfrage die Partei zu gewinnen. Dieses Bankstatut sei das aufgepumpte Opferlamm. Man darf sich nicht täuschen lassen.

Abgeordneter Fuz. Man müsse den Ungarn gegenüber constatiren, daß es Keinem von uns einfallt, die dualistische Staatsform zu bekämpfen. Es handle sich nur um eine Verbesserung derselben. Das Beste an dem Bankstatut ist, daß es so leicht ausgefallen.

Am 23., um 11 Uhr Nachmittags, fand eine Conferenz der Redner vom 22. mit den Ehrenmännern der „verfassungstreuen“ Clubs zur Vereinbarung der an die Regierung zu stellenden Fragen statt.

Die Versammlung war von 181 Abgeordneten besucht.

Im deutschen Reichstage gab der §. 39 des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Beerdigung der Schöffen Anlaß zu bedeutsamen Debatten. „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“, soll nach der vom Hause mit 253 gegen 39 Stimmen zum Beschluß erhobenen übereinstimmenden Ansicht der Regierung und des Ausschusses die Eidesformel lauten. Abg. Herz beantragte, die Worte: so wahr mir Gott helfe, zu streichen, und begründete seinen Antrag mit den bekannten Phrasen von Gewissenszwang, Gewissensfreiheit, Glauben an einen persönlichen Gott u. s. w. Reichskanzleramts-Director v. Amsberg bekämpfte diesen Antrag mit einem Hinweis auf die Anschauungen des Volkes, welches einen solchen Eid nie werde als Eid gelten lassen. Abg. Windthorst zeigte mit beredten Worten, wie dieser Antrag ein bedeutungsvolles Symptom unierer Cultur-Entwicklung und gleichzeitig die Consequenz der modernen Staatsidee sei. „Unsere Schul- und Kirchenpolitik“, führte Redner unter großer Unruhe der Linken aus, „muß schließlich zu solchen Zuständen, wie sie der Antrag im Auge hat, und zu der „Eidesformel“ führen: „Ich schwöre es bei Strafe des Zuchthaus.“ Der Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt.

In Belgien hat, wie bereits gemeldet, in der Deputirtenkammer eine zweitägige Debatte über die angeblichen Wahlumtriebe der „Clericalen“ in Antwerpen, Brügge und Ypern stattgefunden. Der gewesene „liberale“ Justizminister Para commandirte die „liberale“ Sturmcolonne. Seine Rede war nichts weiter, als eine Zusammenstellung böswillig erkundener Anekdoten über clericale Beeinflussung. So erzählte er u. A., daß ein Geistlicher im Beichtstuhl (!) einem Manne gedroht habe, er würde ihn mit seiner ganzen Nachkommenschaft in die Hölle schicken, wenn er dem „liberalen“ Candidaten seine Stimme gebe. Derartigen Geschichten gegenüber war katholischerseits eine Abwehr äußerst leicht. Diese wurde denn auch von dem früheren Finanzminister Jacobs, einem Antwerpener Abgeordneten, mit ebenso viel Talent als Geschick vollführt. Jacobs erzählte keine Anekdoten, er führte Thatsachen und zwar ganz horrende Thatsachen „liberaler“ Wahlumtriebe an. So berichtete er mit Berufung auf den Ministertisch, daß ein hervorragendes Mitglied der „liberalen“ Partei zu Antwerpen einem Beamten der Grand-Central-Eisenbahn das Anfinnen gestellt, den Zug, der die ländlichen Wähler nach Antwerpen bringen sollte, zu spät eintreffen zu lassen. Auch seien es die „Liberalen“ gewesen, die in Antwerpen die markirten Wahlzettel eingeführt. Solchen Vorkommnissen gegenüber könnte wohl der Finanzminister Malou mit ruhigem Gewissen den Antrag auf Ernennung einer Commission zur

Prüfung der etwa vorgekommenen Wahlumtriebe stellen.

Tagesneuigkeiten.

* (Ethnographie von Ungarn.) Das Werk dieses Titels von Paul Hunfalvi, das im Verlage der Ungarischen Academie dieser Tage ausgegeben wurde, ist zugleich in einer autorisirten deutschen Uebersetzung von Professor F. H. Schwicker im Verlage des Franklin-Vereins erschienen.

* (Pensionat für Mädchen höherer Stände.) Der Convent der wohlw. F. F. Dominikanerinnen, welcher das vom Grunde aus neuverbaute Kloster in Hating bei Ober-St. Veit nächst Wien besitzt und das, in einer herrlichen, höchst gesunden Gegend gelegen, von einem großen und schönen Park umgeben ist, errichtete ein Pensionat zur Erziehung und vollkommenen Ausbildung von Fräulein aus den höheren Ständen. Genügende Bürgschaft für eine entschiedenen christliche und in jeder Beziehung gediegene, weil gründliche Erziehung bietet der Geist dieser wohlw. Ordensfrauen, welche unter der Leitung ihrer Oberin, der Frau Fürstin Friederike Auersperg, stehen. Wir wünschen dieser Congregation eine recht große Zahl von Zöglingen; der Erfolg wird, dessen sind wir überzeugt, alle p. t. Eltern, welche ihre Töchter diesen Ordensfrauen zur Erziehung anvertrauen, bestens befriedigen.

* (Kann ein Jude das Patronatsrecht ausüben?) Vorgestern wurde die Entscheidung des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes über die Beschwerde des Leopold Kolbau, Gutsbesizers in Domaslowitz in Schlesien, publicirt. Der Beschwerdeführer hatte bekanntlich bei Anlaß der Beizehung der erledigten Pfarre zu Domaslowitz als Patron der Kirche und Freunde dajelbst das Präsentationsrecht in Anspruch genommen und den Erlaß des Cultus- und Unterrichtsministeriums vom 28. Mai d. J., welcher ihm dieses Recht abgeprochen, angefochten. Der Verwaltungsgerichtshof erkannte nun zu Recht, daß die Beschwerde gegen die Entscheidung des Ministeriums zurückgewiesen werde. In den Gründen wird angeführt, daß die Bestimmung der kaiserlichen Verordnung vom 18. Februar 1860, wonach einem israelitischen Gutsbesitzer die Ausübung der mit dem Gute verbundenen Patronatsrechte nicht zusteht, noch in Geltung sei, weil sie durch kein späteres Gesetz aufgehoben worden. Insbesondere ist dieselbe nicht aufgehoben durch den Art. 14 des St.-G.-G. über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger. Abgesehen davon, daß das Präsentationsrecht im Hinblick auf den § 1 des a. b. G.-V. keineswegs als ein bürgerliches Recht, und daß es auch nicht als ein politisches Recht im Sinne der österreichischen Gesetzgebung erscheint, normirt der Art. 14 nicht, daß in Angelegenheiten einer Religionsgenossenschaft die Angehörigen derselben und die Mitglieder einer anderen Religionsgenossenschaft gleiche Rechte zu üben haben. Es ist dem Grundsatze des Art. 14 nicht entgegen und es liegt in der Natur der Sache, daß in Angelegenheiten der katholischen Kirche nicht Israeliten und in Angelegenheiten der israelitischen Religionsgenossenschaft nicht Katholiken mitzureden haben. Dieses Princip kam sowohl im Art. 15 desselben Staatsgrundgesetzes, als auch noch später in der Gesetzgebung zum Ausdruck. Es können aber überdies aus den Staatsgrundgesetzen bezüglich solcher Verhältnisse insbesondere nicht sofort Rechte in Anspruch genommen werden, wenn der Gesetzgeber durch den ausdrücklichen Vorbehalt der Erlassung besonderer Vorschriften seinen Willen kundgab, die Art und Weise der Anwendung dieser Grundätze auf diesem Gebiete speciell zu regeln. § 32 des Gesetzes vom 7. Mai 1874 bestimmt nun ausdrücklich, daß bis zu der, der künftigen Gesetzgebung vorbehaltenen besonderen Regelung der Patronatsverhältnisse in Betreff derselben die bisherigen Vorschriften zu bestehen haben. Als eine solche Vorschrift ist aber die Bestimmung der kaiserlichen Verordnung vom 18. Februar 1860 zweifellos zu betrachten, nachdem diese Bestimmung neben dem Art. 14 St.-G.-G. ganz wohl bestehen kann. Hiernach war

durch die vom Generalvicariate zu Teschen erfolgte Bestreitung des Präsentationsrechtes kein Staatsgesetz verletzt und ist in der angefochtenen Entscheidung des Cultusministeriums keine Gesetzeswidrigkeit zu erkennen. (Wenn auch die Entscheidung dieser Frage in Ungarn nicht nach ebendenselben Gesichtspunkten erfolgen könnte, so müßte sie doch unter allen Umständen negativ lauten, weil zur Ausübung des Patronatsrechtes in erster Linie nach der Natur der Sache die persönliche Fähigkeit auch in confessioneller Beziehung erfordert wird, einem Juden aber vor Allem diese Eigenschaft fehlt. D. Red.)

* (Heinrich Francesconi begnadigt.) Wie man bei „N. fr. B.“ mittheilt, hat Se. Majestät im Wege a. h. Gnade das wider Heinrich Francesconi gefällte Todesurtheil aufgehoben und den Obersten Gerichtshof angewiesen, eine zeitliche Strafe zu bestimmen. Dieser bestimmte denn eine zwanzigjährige schwere Kerkerstrafe. Der Strafjaß von zwanzig Jahren ist der höchste, welcher bei einer zeitlichen Kerkerstrafe ausgesprochen werden kann. Francesconi wird also — da er heute 26 Jahre zählt — im 47. Lebensjahre den Kerker verlassen können.

* (Das Deficit der St. Gotthard-Bahn.) Wie man aus Basel meldet, hat die Special-Commission zur Feststellung des derzeitigen Standes des mit 80 Millionen à fond perdu Seitens der Schweiz, Deutschlands und Italiens unterstützten Bahnbaues über den St. Gotthard, am 22. d. ihre letzte Sitzung gehalten. Für die Ausführung des gesammten ursprünglichen Bauprogrammes berechnet sie 72 Millionen Mehrkosten; diese können aber auf 54 Millionen reducirt werden, sofern die beiden nördlichen Linien und eine südliche (die Pino-Linie) weggelassen werden.

* (Theater-einsturz.) Eine Newyorker Kabeltelegramm meldet, daß letzten Samstag ein Theater zu Sacramento in Californien einstürzte. Der Fußboden des in allen seinen Räumen vollgeproppten Hauses brach nämlich plötzlich ein, wodurch 7 Personen auf der Stelle getödtet und etwa 100 verletzt wurden, viele darunter so erheblich, daß ihr Wiedererwachen bezweifelt wird.

* (Die Sturmfluth in Bengalen.) Der Cyclon, der Bengalen am 31. v. M. heimgejucht hat, war nach den Details, welche die „Times“ hierüber aus Calcutta unter dem 19. d. erzählt, eine der verheerendsten Naturerscheinungen dieser Art seit Menschengedenken. Der Verlust an Menschenleben betrug nach den amtlichen Auskünften nicht weniger als 215.000. Und wahrscheinlich wird diese anscheinend so ungeheure Zahl durch die Wirklichkeit noch übertroffen. Drei ausgedehnte Inseln, Dakhin Shahabazpore, Hattiah, Sundep und viele kleine Inseln sind vollständig durch die Sturmfluth verschlungen worden und ebenso der größte Theil des Ufers bis fünf, sechs Meilen landeinwärts. Jene Inseln sind alle nächst der Mündung des Megnha gelegen, eines durch den Zusammenfluß des Ganges und Brahmaputra gebildeten Stromes; die größte ist Dakhin Shahabazpore, mit einer Ausdehnung von 800 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von beiläufig 240.000 Seelen. Die Bevölkerung von Hattiah und Sundep beträgt zusammen ungefähr 100.000. Bis 11 Uhr in der Nacht der Katastrophe machte sich keine Gefahr bemerkbar, aber vor Mitternacht strich die Sturmfluth über die Inseln in einer Höhe von stellenweise 20 Fuß, die Einwohner in ihren Betten überraschend. Glücklicherweise herrschte in diesen Gegenden der Brauch, dicke Wäldchen, besonders von Cocosnußbäumen und Palmen rund um die Dörfer anzulegen. Die Bäume gewährten den Dorfbewohnern Schutz, und die meisten der Ueberlebenden retteten sich, indem sie in ihre Nester emporkletterten. Einige flüchteten sich auf die Dächer, aber das Wasser drang in die Häuser ein, brachte die letzteren zum Einsturz, und die Wasser schwammen sie in die See hinaus mit den Leuten, die sich an dieselben angeklammert hielten. Einige wurden so von Sundep durch den Canal 10 Meilen weit mit bis Chittagony getragen; aber von der großen Mehrheit hat man nichts mehr gehört. Das Land ist vollständig platt, und daher sind Bäume der einzige Schutz; die meisten der Umgekommenen hatten keine Bäume erreichen können.

Es gibt wenige Familien auf den Inseln und umliegenden Küsten, welche nicht einige ihrer Mitglieder verloren haben. Das Vieh ist alles zu Grunde gegangen. Alle Boote sind weggeschwemmt worden, und da Räderwagen auf diesen Delta-Inseln unbekannt sind, so sind die Bevölkerungen der Communicationsmittel beraubt. Die meisten der Civil- und Polizeibeamten in Dakhin Shababazpore sind umgekommen.

Volkswirtschaftliche Zeitung.

(Die Börse) erfreute sich zwar am 23. Novbr. im Allgemeinen einer kleinen Besserung der Kurse, welche jedoch angesichts des ganz colossal gedrückten Standes derselben wenig bedeutet. Dabei ist der Verkehr noch immer ein äußerst geringfügiger.

(Im Fruchtgeschäft) besteht die feste Tendenz für alle Sorten fort. Eine Veränderung der Preise gegenüber unserer gestrigen Notiz ist weder aus Wien, noch aus Budapest zu constatiren.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. November. Marquis of Salisbury hatte heute Vormittags eine längere Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in dessen Wohnung, conferirte von 11 bis 12^{3/4} Uhr mit Lord Russell und wurde um 1 Uhr vom Kaiser in einer halbständigen Audienz empfangen. Um 3 Uhr stattete Fürst Bismarck dem Marquis of Salisbury im Hôtel „Kaiserhof“ einen dreiviertelständigen und sodann der türkische Botschafter Edhem Pascha demselben einen halbständigen Besuch ab. Lady Salisbury empfing um 2^{1/2} Uhr den Besuch des Kronprinzen. Das Diner wird Salisbury bei dem Fürsten Bismarck einnehmen. Die Abreise Salisbury's nach Wien ist noch unbestimmt und erfolgt entweder Abends um 11 Uhr oder morgen früh um 5 Uhr mittelst Extrazuges.

Paris, 23. November. Der „Messager de Paris“ schreibt: Der Marquis of Salisbury wurde beauftragt, bei dem deutschen Kaiser dahin zu wirken, daß Frankreich, welches in der orientalischen Frage neutral und nicht mitinteressirt ist, beauftragt werde, in der Türkei bis zur Ausführung der versprochenen Reformen zu interveniren. Der „Messager de P.“ fügt hinzu, Frankreich sei darin einmüthig, eine Politik der Reserve und Enthaltensamkeit zu beobachten, in Folge dessen die Erfolglosigkeit dieses Schrittes sicher ist.

Belgrad, 23. November. Das Cabinet Ristic's wird provisorisch die Geschäfte fortführen. Die Neubildung des Ministeriums wird in keinem Falle vor der Rückkehr Marinovics' aus Petersburg erfolgen. Die Omkadina, als Partei, dürfte gänzlich vom politischen Leben zurücktreten.

Tschernajeff's Rolle in Serbien ist ebenfalls zu Ende. Er dürfte sich nach Italien begeben.

Feuilleton.

Im Kampfe um's Dasein.

Agrarischer Roman von Guido Bucher.

(Fortsetzung.)

„Wirst doch noch mal machen einen „tauwen Zacher“ — ein gut Geschäft,“ tröstete Abraham. „Er hat viel Geld hineingelegt in seine Wirtschaft; wird's im Leben nicht kriegen raus bei diesen Zeiten.“

„Aber seine Hypotheken sind gut, — jegge is taum, der Stephansdorfer, — er steht sicher“, entgegnete Moses, wenig befriedigt von dem Troste des Betters.

„Vielleicht nicht so sicher, als Du denkst.“

„Wie denn so?“ fragte Moses lauernd.

„Er hat noch viel kleine Schulden“, entgegnete der Beter, „verstehst Du, viele kleine Schulden, und das sind die schlimmsten.“

„Aber er hat noch den Wald, — der ist werth seine zehntausend Thaler“, sagte wieder

Moses und spitzte die Ohren; denn er merkte, daß der Beter guten Wind bekommen haben mußte über den Stand der Stephansdorfer Verhältnisse.

Der Beter war, wenn er ein gut Geschäft ausgetuschelt hatte, nun eben nicht offenerger bei der Mittheilung an Moses, als sich solches mit der Aussicht auf seine Provision vertrat. Denn Moses war nun einmal ein filziger Keel und davon war Niemand mehr überzeugt, als Abraham. Er lavirte daher.

„Na, weißt Du doch“, fuhr der Letztere fort, „daß er wird bauen im nächsten Jahre die Brennererei, da wird er verkaufen den Wald. Hat ihn schon angeboten dem reichen Fabian für 12.000 Thlr.; nun, der Fabian wird geben 7000, und der Stephansdorfer wird nehmen Geld, weil er's braucht. Hast de gesehen?“

„Wai, wie heißt!“ schrie Moses auf und sprang vom Sopha, als hätte ihn eine Tarantel gestochen.

Er ging eine Weile hastig in seinem Zimmer auf und ab, dann trat er dicht vor den Beter und durchbohrte ihn mit seinem Auge, als wolle er im Innersten seiner Seele lesen, ob er die Wahrheit gesprochen habe.

„Wie heißt! Sprich, Abraham, sprich“, fuhr er fort, „für sieben Tausend Thaler, lumpige sieben Tausend — den schönen Wald!“

„Für sieben Tausend, hab' ich gehört“, wiederholte Abraham in aller Ruhe. Und dann schwieg er eine Weile, auf Moses Antwort wartend. „Warum machst solchen Lärm um den Wald!“ fuhr er dann, als dieser diplomatisch schwieg. „Ist's doch sein Eigenthum.“

Moses schien in tiefes Nachdenken versunken. „Hab' ich doch immer gedacht, wenigstens beim Wald 'mal noch zu machen ein Geschäft!“ jagte er dann vor sich hin. Und dabei lief er hastig von einem Ende des Zimmers zum andern. „Siebentausend Thaler!“ rief er einmal um das Andere aus. „Wird der Fabian verdienen daran 3000, vielleicht auch 4000 Thaler, wai, wie heißt, was jag ich, — wird er vielleicht verdienen 10.000 Thaler an dem Wald da drüben, den ich seh' alle Tage mit meinen Augen!“

Moses hätte sich gar nicht zu ereifern brauchen über das Waldgeschäft, das ihm, wie er meinte, bereits vor der Nase weggeschnappt war. Denn die Sache lag noch im weiten Felde.

Und was Beter Abraham davon wußte, das war nicht mehr als soviel, daß Fabian kürzlich bei Herrn Müller angefragt hatte, ob er nicht seinen Wald verkaufen wolle, und daß dieser erklärt haben sollte, für vierzehn Tausend Thaler sei er ihm feil. Fabian hatte sieben Tausend geboten, — und damit war die Sache beendet gewesen. Daß übrigens Müller mit dem Gedanken umging, den Wald zu Gelde zu machen, das war schon lange kein Geheimniß mehr.

Moses handelte also diesmal um das Fell, ehe der Bar erlegt war.

Daß der Beter Abraham trotz der freundschaftlichen Beterchaft ihn düpirte, das merkte er gar nicht in seiner Hast.

„Hör“, sagte er nach einer Weile. „Abraham, wirst Du von mir kriegen 500 Thaler, wenn Du mir hilfst zu dem Geschäft mit dem Walde —“

„Au waih geichrien!“ rief der Beter aus. „Fünfhundert Thaler! Hörst, Moses, — wenn Du hättest wahrhaftig gegeben Alles, was Du mir schon hast versprochen, wär' ich schon lange ein gudler Rosen, — ein reicher Mann!“

Moses sah ihn mit vorwurfsvollem Blicke an. „Gib mir's schriftlich —“ stammelte Abraham.

„Na, schriftlich!“ schrie Moses auf. „Ist doch heut' Schabbes! und warum schriftlich! Beim Gott Abrahams, Iak's und Jacobs! Bei Achmodai und allen guten und bösen Engeln! Du wirst kriegen fünfhundert Thaler! Verschaff' mir den Wald, Abraham, — hab' ich Dir gesagt, wirst Du kriegen fünfhundert Thaler. Du kannst das Geschäft machen; Du hast Zutritt beim Herrn; mich mag er nicht leben.“

„Wie soll ich's machen? Kann ich doch nicht kaufen den Wald!“ meinte Abraham kaltblütig

mit einem Scheine von Mißmuth. Und dabei klopfte er bedeutungsvoll auf seine leere Hosentasche.

„Wirst Du geben Deinen Namen, Abraham! Deinen ehelichen Namen! und ich geb's Geld!“ sagte Moses.

(Fortsetzung folgt.)

Preßburger Fruchtpreise vom 24. Nov. 1876.

	Hektoliter	niederster	mittlerer	höchster
Weizen	643	fl. 8.78	fl. 9.51	fl. 10.24
Korn	73	„ 6.66	„ 7.39	„ 8.13
Gerste	1310	„ 4.22	„ 4.87	„ 5.53
Haser	299	„ 2.92	„ 3.49	„ 4.06
Rufuruz	315	„ 3.57	„ 4.06	„ 4.55
Hirse	10	„ 3.74	„ 3.98	„ 4.22

Meteorologische Beobachtungen

vom 22. November.

Zeit	Barometerstand bei 0° C. in Millimetern	Temperatur nach Celsius	Lufttemperatur in Millimetern	Feuchtigkeit in Prozenten	Windrichtung und Stärke	Witterung	Wasserstand
7 U. M.	748.6	+ 1.1	4.3	87	WS 2	6	7
2 „	749.3	+ 3.4	3.9	66	WS 2	5	5
9 „	750.4	+ 1.6	3.3	82	WS 5	8	6

Dzungehalt: während der Nacht 5, während des Tages 6.
In der Nacht Schnee mit 2.95 Mm. Niederschlag.

Speisetzettel der I. Preßburger städt. Volksschule im Theatergebäude.

Samstag, 25. Nov.: Mittags: Nudelsuppe, Gulhas mit Erdäpfeln, Semmelschmarren. — Abends: Thee, Suppe, Erdäpfel mit Butter.

Wiener Börse vom 23. November.

	Geld	Waare
Sprze. Papier-Rente	61.40	61.55
ditto in Silber	66.90	67.10
ungarische Grundentf.-Oblig.	73.50	74.50
lebenbürgische	72.50	74.—
Reingeh.-Abf.-Oblig. 100 fl.	69.50	70.25
1864er Staatsloose 100 fl.	133.—	133.50
1860er ganze	108.50	109.—
1860er Hälftel	115.—	115.50
Credit 100 fl.	159.75	160.25
4pct. Dampfschiff 100	91.—	92.—
Diner 40	28.75	29.25
Graf Saltn 40	40.25	40.75
„ Balfid 40	28.50	29.—
„ Clard 40	29.50	30.—
„ St. Genois 40	35.—	35.50
„ Waldstein 20	22.75	23.25
„ Reglewich 10	14.25	14.75
Rudolfloose 10	13.50	14.—
Ungar. Prämien-Anlehen	69.—	69.50
Türkenloose voll eingezahlt	12.—	12.50
Nationalbank	837	839
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	140.50	140.70
Credit. a. u. z. 200 fl. 80pct.	106.—	106.50
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	70.75	71.—
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.	—	—
Franco-Austrian	—	—
„ Hungaria	—	—
Nordbahn 1000 fl.	1760	1770
Staatsbahn	260.50	261.50
Lemberg-Gzernowitz-Jassy	110.50	111.50
Ung. Nordbahn	88.50	89.—
Ung. Odbahn	26.25	26.75
Siebenbürger Bahn	—	—
Ungar. Eisenbahnanlehen	99.—	99.50
Rand-Ducaten	6.—	6.01
Def.-ung. 8 fl.-Goldst.	12.07	12.08
20-Markstücke	12.40	12.44
20-Francstücke	10.07	10.08
Silber	112.60	112.80

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte

photographische Atelier

von

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neuerbart. empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Brustkartenform bis zur Lebensgröße, Chromo-photographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Oelfarben ausgeführt, gemalte Damenbilder mit Photographien, Briefmappen, Cigarettenständer etc.

Bromenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“